



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

19. Sitzung (öffentlich)

13. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:55 Uhr bis 18:35 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender);
Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Linker gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen, Punkt 8 „Ausländische Bildungsabschlüsse anerkennen – Fachkräftemangel verhindern und Integration erleichtern“ auf der Tagesordnung zu belassen.

Aktuelle Stunde

9

Zur finanziellen Lage der Hospize in Nordrhein-Westfalen

Auf Antrag der Fraktion der CDU

StS Marlis Bredehorst (MGEPA) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

- 1 Strategien gegen Lohndumping – Mindestlohn jetzt 12**
- Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2210
- Nach der Sommerpause will der Ausschuss über den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/2210 inhaltlich beraten.
- 2 Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung –
Karrierewege aufzeigen und weiterentwickeln 14**
- Vorlage 15/736
- Dem Bericht von Herrn Minister Schneider (MAIS) schließt sich eine kurze Diskussion an.
- 3 Von der Bundesregierung geplante Reform der
arbeitsmarktpolitischen Instrumente ab 2012 und die damit
verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in NRW 16**
- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales
- Dem Bericht von Herrn Minister Schneider (MAIS) folgt eine kontroverse Diskussion.
- 4 Umsetzung des Landesprogramms „Erwerbslosenberatung und
Arbeitslosenzentren“ 25**
- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales
- Herr Minister Schneider (MAIS) berichtet. – Keine Diskussion.
- 5 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und Schaffung
zusätzlicher Stellen für Schulsozialarbeiter/-innen in NRW 27**
- Vorlage 15/756
- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales
- Herr Minister Schneider (MAIS) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**6 Initiative zur Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen
Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräfte-
sicherung im Mittelstand 33**

Vorlage 15/700

Der Ausschuss diskutiert.

**7 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als
ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz) 37**

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2209

Der mitberatende AGSI-Ausschuss kommt überein, sich an
der vom federführenden Ausschuss für Schule und Weiter-
bildung beschlossenen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf
nachrichtlich zu beteiligen.

**8 Ausländische Bildungsabschlüsse anerkennen – Fachkräftemangel
verhindern und Integration erleichtern 38**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 15/541

- Bericht des Unterausschussvorsitzenden Integration
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/541 mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von
CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke ab.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der Fraktion
Die Linke Drucksache 15/2348 mit den Stimmen der
Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die
Stimmen der Fraktion Die Linke ab.

9 Flächendeckende Einführung von Motorischen Tests in der Grundschule 43

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/674

Ausschussprotokoll 15/211

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss leitet den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/674 ohne Votum an den federführenden Sportausschuss weiter.

10 Roma und Sinti als Opfergruppe anerkennen – Kontingentregelung schaffen 44

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1490

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss leitet den Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/1490 ohne Votum an den federführenden Innenausschuss weiter.

11 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie 45

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlagen 15/257 und 15/474
Ausschussprotokoll 15/236

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss überein, diesen Punkt in der ersten AGSI-Ausschusssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause erneut zu behandeln.

12 Initiative für familienfreundliche Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen 47

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1920

Der Ausschuss will zum Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1920 ein Sachverständigengespräch führen.

13 Eckpunktepapier zur Einführung eines Ausgleichsverfahrens nach § 25 Altenpflegegesetz in der Altenpflegeausbildung 48

Vorlage 15/718

– Bericht des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Frau Ministerin Steffens (MGEPA) und Herr LMR Leßmann (MGEPA) beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

14 Bericht zur Reform des Wohn- und Teilhabegesetzes und des Landespflegegesetzes 53

Vorlage 15/741

Der Ausschuss verzichtet auf eine Beratung. Das MGEPA sagt zu, Fragen seitens der Fraktionen zur Vorlage 15/741 auch außerhalb von Ausschusssitzungen zu beantworten.

15 Rettungsdienste in NRW 54

Vorlage 15/692

Frau Ministerin Steffens (MGEPA) und Herr LMR Dr. Stollmann beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

16 Planungsstand einer Medizinischen Fakultät in Bielefeld für die Region OWL 57

Vorlage 15/694

Herr RB Richter (MIWF) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

17	Krankentransport im Grenzgebiet	59
	– Bericht des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	
	Frau Ministerin Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen seitens der CDU-Fraktion.	
18	Notdienstreform der Apotheken in Westfalen-Lippe	60
	Vorlage 15/734	
	Frau Ministerin Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. Dieser will sich die Reform von Vertretern der Apothekenkammer vorstellen lassen.	
19	Verschiedenes	62
	a) Ausschusssitzung am 21. September 2011	62
	b) Ausschusssitzung am 12. Oktober 2011	62
	c) Termin am Rande des Plenums	62
	d) Anregungen eines Abgeordneten	62

11 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlagen 15/257 und 15/474
Ausschussprotokoll 15/236

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass der AGSI-Ausschuss zu diesem Gesetzentwurf am 22. Juni 2011 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt habe (*siehe APr 15/236*). Nun stünden die Auswertung der Anhörung sowie die Festlegung des weiteren Beratungsverfahrens an.

Dr. Stefan Romberg (FDP) führt aus, die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf habe ein selten eindrückliches Ergebnis hervorgebracht. Lediglich ein Experte sei für die Videoüberwachung in psychiatrischen Kliniken eingetreten, allerdings noch nicht einmal zu therapeutischen Zwecken, sondern als reine Sicherheitsmaßnahme. Alle anderen anwesenden Experten hätten diese Position eindeutig infrage gestellt.

Ausnahmeregelungen würden an dieser Stelle immer zu Missbrauch führen, so der Abgeordnete weiter. Es gebe sogar eine Klinik, die diese Maßnahme überhaupt nicht dokumentiere. Da es hier um Freiheits- und Persönlichkeitsrechte gehe, liege die Entscheidung richtigerweise beim Parlament und nicht bei der Regierung. Er werbe dafür, die Videoüberwachung in einem gemeinsamen Votum des Ausschusses zum Schutz der Patienten abzuschaffen.

Die Linke habe sich immer klar gegen die Videoüberwachung in psychiatrischen Kliniken ausgesprochen, so **Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)**, und sehe sich durch die Anhörung in ihrer Position bestätigt. Ein klares Ergebnis bestehe darin, dass die Videoüberwachung keinesfalls therapeutisch geboten sei, sondern lediglich aus personellen Gründen notwendig werde. Dementsprechend bleibe die Fraktion Die Linke bei der Unterstützung des Antrags der FDP-Fraktion. Damit verbinde sie die Forderung, die personelle Situation in den Psychiatrien deutlich zu verbessern.

Auch wenn sich bereits zwei Abgeordnete inhaltlich geäußert hätten, weise sie an dieser Stelle darauf hin, so **Heike Gebhard (SPD)**, dass ihre Fraktion das Protokoll erst am späten Nachmittag des Vortages erhalten habe, sodass der Arbeitskreis nicht in der Lage gewesen sei, die Anhörung auszuwerten. Anders als manche Berichte sei das Anhörungsprotokoll sehr umfangreich. Dies sei gut, man wolle sich auch ernsthaft damit auseinandersetzen. Darum bitte die SPD-Fraktion darum, die Beratung zu diesem Punkt zu schieben.

Er habe die Aufnahme dieses Punktes auf die Tagesordnung von der rechtzeitigen Vorlage des Anhörungsprotokolls abhängig gemacht, erklärt **Vorsitzender Günter**

Garbrecht. Ausschussassistentin wie Protokollführerin bestätigten, dass das Protokoll seit einer Woche vorliege. Die anderen Fraktionen und die Ministerin hätten es offenbar zu diesem Zeitpunkt erhalten.

Peter Preuß (CDU) meint, wenn der SPD-Fraktion der Protokoll tatsächlich erst seit Kurzem vorliege, sollte der Ausschuss darauf Rücksicht nehmen und diesen Punkt schieben. Ein solches Vorgehen nehme die CDU-Fraktion für sich auch in Anspruch.

Die Auswertung der Anhörung habe in der Tat ergeben, dass die Videoüberwachung in der Psychiatrie keinen therapeutischen Nutzen aufweise. Zugleich stelle sie keine Maßnahme zum Ersatz, sondern vielmehr eine Maßnahme zur Ergänzung von Personal dar. Das gelte vor allen Dingen in den Fällen, in denen Patienten eine Sitzwache als bedrohlich, unangenehm oder belästigend empfänden.

Die zentrale Frage laute, ob die Videoüberwachung tatsächlich gesetzlich verboten werden müsse oder ob den Trägern die Möglichkeit gegeben werden sollte, im Einzelfall über den Einsatz von Videoüberwachung zu entscheiden.

Arif Ünal (GRÜNE) führt aus, bis auf einen Klinikvertreter hätten alle deutlich gemacht, dass die Videoüberwachung in psychiatrischen Kliniken keine therapeutische Wirkung zeige, sodass sie dort auch nicht hingehöre.

Das Thema gestalte sich jedoch etwas komplizierter, da die Videoüberwachung auch als Ergänzung anderer Maßnahmen angesehen werde. Daher sei die knappe Formulierung im Antrag, die Videoüberwachung in der Psychiatrie ohne Wenn und Aber zu verbieten, problematisch. Der Landschaftsverband Rheinland habe dazu eine detaillierte Formulierung vorgeschlagen, die die Situation besser beschreibe.

Den Beratungsbedarf der SPD-Fraktion müsse man akzeptieren. Gleichwohl sollte der Ausschuss gemeinsam im Sinne der Patient(inn)en die Videoüberwachung in der Psychiatrie ohne parteipolitische Auseinandersetzungen abschaffen.

Zudem sei daran erinnert, dass sogar die Forensischen Kliniken ohne Videoüberwachung arbeiteten und andere Möglichkeiten nutzten – beispielsweise eine Sitzwache außerhalb des Patientenzimmers –, um das Risiko für die Patienten zu minimieren.

Vorsitzender Günter Garbrecht kündigt an, diesen Punkt in der ersten Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause erneut aufzurufen, und geht davon aus, dass sich die Fraktionen bis dahin über die Referenten verständigen und Einigungsbereitschaft ausloten könnten.